

Alle wollen regieren – wir wollen verändern

Der Streit für eine linke Mehrheit lohnt

von Stefan Liebich



Foto: www.fotolia.de, © fux

» Ein Wahlkampf geht zu Ende. Drei Parteien haben mit unterschiedlichen Programmen für einen Regierungswechsel gekämpft. Die Sozialdemokraten gewinnen die Wahl, eine linke Mehrheit im Parlament wird möglich. Nach nur dreiwöchigen Verhandlungen ist ein Koalitionsvertrag verabredet, der in großen Teilen links vom Wahlprogramm der Sozialdemokraten liegt und unter anderem den Stopp der Deregulierung öffentlicher Dienste beinhaltet. Vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bewegt sich die Sozialdemokratie, was viele Mitglieder der Linkspartei Jahre zuvor noch für unmöglich hielten. Damit ist eine Grundlage für ein gemeinsames Regierungshandeln gegeben. Die Sozialdemokraten stellen den Regierungschef und die Vorsitzende der Linkspartei wird Finanzministerin.

» Dem Regierungswechsel voraus gegangen war ein großer gesellschaftlicher Druck, den vor allem Gewerkschaften und soziale Initiativen erzeugt hatten. So geschehen 2005 in Norwegen, wo die Regierung bis heute stabil arbeitet.

Das, worum in Norwegen lange gerungen wurde, könnte es auch in Deutschland geben. Seit den Bundestagswahlen 2005 haben SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen die Mehrheit der Mandate. Unter der Glaskuppel des Reichstagsgebäudes ist das jedoch ein reines Zahlenspiel.

Abgrenzungsrituale auf allen Seiten sichern einer konservativ geführten Regierung derweil die Mehrheit.

» Die SPD verliert in der babylonischen Gefangenschaft der Großen Koalition und ist von Umfrage zu Umfrage uneins darüber, wie sie mit der LINKEN künftig umgehen will. Bündnis 90/ Die Grünen, bis vor wenigen Monaten noch dem rot-grünen Bündnis hinterher trauernd, verzichten inzwischen auf Aussagen über potentielle Partnerschaften. Sie pendeln je nach Wetterlage zwischen Schwarz-Grün, Jamaika-Partnerschaft und zuweilen sogar Rot-Rot-Grün hin und her. Aber: „Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein.“ Das wusste schon Kurt Tucholsky.

Und Die LINKE selbst bräuchte Partner, um ihren Vorhaben im Bundestag zur Durchsetzung zu verhelfen.

» DIE LINKE ist spätestens seit den Landtagswahlen in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Hessen eine ernst zu nehmende gesellschaftliche Kraft geworden. „Dem muss sie, dem müssen sich die anderen stellen,“ so die Einschätzung des Brandenburger Linkspartei-Politikers Thomas Falkner.



Mit ihrer bundesweiten Sichtbarkeit ist ins deutsche Parteiensystem Bewegung gekommen. Der Kampf um die „neue Mitte“ scheint beendet zu sein. Die SPD besinnt sich wieder auf ältere Werte. „Wir sind die Partei des demokratischen Sozialismus!“ rief der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, auf einem SPD-Landesparteitag. Und das schon zu einer Zeit, als sich die damalige PDS mit der WASG zur Partei DIE LINKE vereinigte und noch darum stritt, ob und wie der „demokratische Sozialismus“ in den programmatischen Eckpunkten der neuen Partei Platz fände. Der Berliner CDU-Fraktionschef Friedbert Pflüger bescheinigt der Linken, dass die Fragen, die sie stelle, durchaus berechtigt seien und räumt Gerechtigkeitsdefizite ein. Die CSU denkt laut über die Pendlerpauschale nach.

Die „Erfolge der Linkspartei haben Rückwirkungen auf die ... Volksparteien und besonders die SPD“ sagt Allensbach-Chefin Renate Köcher. Das ist gut für DIE LINKE, aber nicht genug.

„Alle wollen regieren – Wir wollen verändern.“ Der Leitspruch der PDS der neunziger Jahre gilt jetzt mehr denn je. Das „Forum demokratischer Sozialismus“, fds, ein Zusammenschluss in der LINKEN, setzt sich dafür ein. „Wir wollen die Gesellschaft verändern und dafür um stabile, dauerhafte Mehrheiten werben.“ heißt es im Gründungsauftrag des fds. Dass diesem Anspruch DIE LINKE nicht allein folgen kann, liegt auf der Hand. Rot-Rot-Grün muss wieder beginnen, miteinander über Politik zu reden. Gemeinsame Projekte müssen erstritten werden, um aus parlamentarischen Mehrheiten gesellschaftliche Veränderungen werden zu lassen.



Noch ist die SPD für eine linke Bundesregierung ebenso wenig bereit wie DIE LINKE und Grüne. Ziel der drei Parteien sollte aber sein, dies zu ändern und nicht, es zu manifestieren. Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland sind da schon weiter: Mittlerweile zeigen sich 44 Prozent der Deutschen insgesamt aufgeschlossen für rot-rot-grüne Bündnisse – darunter Mehrheiten

bei den Wählern der LINKEN (76 Prozent), der Bündnisgrünen (64 Prozent) und der SPD (59 Prozent), wie Infratest dimap nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen herausfand.

Und es gibt Beispiele für gemeinsame Projekte, die dort bereits umgesetzt werden, wo SPD und LINKE es können – in der Berliner Landesregierung.



Foto: Christian Kiel

Dazu zählen:

- Gute Arbeit durch öffentlich geförderte Beschäftigung und öffentliche Aufträge nur für die Unternehmen, die nach Tarif, mindestens aber 7,50 Euro pro Stunde, zahlen. Gleiche Bildungschancen durch längeres gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse und darüber hinaus bis zum Abitur statt eines dreigliedrigen Schulsystems aus dem Kaiserreich.
- Kostenlose Bildung in der Kita und keine Studiengebühren zum Abschluss des Studiums. Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch einen bis zu siebenstündigen Kitaanspruch ohne Bedarfsprüfung.
- Mehr Teilhabe von sozial Benachteiligten am gesellschaftlichen Leben durch vergünstigte Tickets zum halben Preis bei Busse und Bahnen (Sozialticket), Tickets für drei Euro für Opernhäuser und Theater und kostenlosen Zugang zu öffentlichen Bibliotheken.



- Mehr Demokratie statt Überwachungsstaat – Volksentscheide und Bürgerhaushalte statt Raster- und Schleierfahndung.

All das gibt es da, wo SPD und LINKE miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Und zwar auf einer soliden Basis. Das Land Berlin investiert in eine solidarische Stadtgesellschaft und finanziert dies nicht auf Pump, sondern baut erstmals in seiner Geschichte seine Schulden ab.

» Auch auf der Bundesebene gibt es neben vielen tief greifenden Differenzen gemeinsame Ziele und Schnittmengen, die es auszuloten gilt: Solidarität und Gerechtigkeit, Schutz und Ausbau von Bürger- und Freiheitsrechten, die Verbindung der ökologischen und der sozialen Frage und eine friedliche Außenpolitik, die sich am Völkerrecht orientiert – dafür lohnte es, bei aller Unterschiedlichkeit gemeinsam zu arbeiten.

Es stimmt: DIE LINKE lehnt Gerhard Schröders Agenda 2010 ab. Die SPD hat sie erst kürzlich anlässlich ihres Geburtstags gefeiert. Aber: Die gemeinsame Betreuung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern auszubauen, den Hartz-IV-Regelsatz zu erhöhen, mehr zu fördern als zu fordern und einen neuen öffentlichen Beschäftigungssektor zwischen Markt und Staat anstelle von Ein-Euro-Jobs aufzubauen, das könnte schon heute in allen drei Parteien Mehrheiten finden.

» DIE LINKE lehnt die bürgerrechtseinschränkenden Sicherheitspakete von Innenminister Otto Schily ebenso ab wie die Fortsetzung dieser Politik durch Wolfgang Schäuble. Um das zu stoppen, müsste eine neue Mehrheit aber nicht mehr nur auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hoffen, sondern könnte selbstbewusst einen Politikwechsel einleiten. Mehr Demokratie, Volksabstimmungen auch auf Bundesebene statt Vorratsdatenspeicherung und Bundestrojaner – dafür könnten Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und DIE LINKE gemeinsam stehen.

» DIE LINKE will, dass es in Deutschland eine ökologische Erneuerung gibt. Dazu bedarf es einer anderen Politik. „Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz- und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann die ökologische Frage nicht lösen“, sagt Oskar Lafontaine, Parteivorsitzender DIE LINKE. Das muss auch bei Einzelentscheidungen berücksichtigt werden. So wäre der Börsengang der Bahn unökologisch, denn der Transport von Menschen und Gütern auf der Schiene ist der günstigste Weg. Und er wäre unsozial, wie man an der bisherigen Geschichte der Vorbereitung des Börsengangs sieht. Fünftausend Kilometer Schiene wurden stillgelegt, vierhundert Bahnhöfe geschlossen und einhunderttausend Arbeitsplätze abgebaut. Bei einem börsennotierten Unternehmen in Privatbesitz würde sich dieser Trend fortsetzen. Für die Verhinderung der Privatisierung der Deutschen Bahn gäbe es jedoch bei Rot-Rot-Grün Mehrheiten.

» DIE LINKE lehnt völkerrechtswidrige Militäreinsätze, wie die Nato-Luftangriffe in Jugoslawien, ab. Sie fanden „trotz der Entscheidung des Deutschen Bundestages ... ohne ausreichendes völkerrechtliches Mandat statt“, konstatierten Andrea Nahles, Detlev von Larcher und weitere SPD-Politiker schon damals. „Die NATO hat entgegen dem NATO-Vertrag einen souveränen Staat angegriffen.“ Seit Jahren ist das Völkerrecht in der deutschen Außenpolitik immer weniger Grundlage für Entscheidungen. Dies zu ändern, könnten DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zu ihrem Ziel für eine neue Außenpolitik erklären. „... denn, wie im Inneren der Staaten nur das Recht den Frieden herstellt, so kann zwischen den Staaten nur das Völkerrecht den Frieden herstellen,“ so Oskar Lafontaine.

» Wenn der Streit nicht um Personen, sondern in der Sache geführt würde, wenn es um Argumente statt um Beleidigungen ginge, dann würde Rot-Rot-Grün feststellen, dass es eine große Summe Gemeinsamkeiten gibt. Und die Bundesbürger könnten sehen, was geht. Sicher wäre das nicht leicht. Aber wer verändern will, der muss auch zur Veränderung bereit sein – und die wird auch von Politikerinnen und Politikern mehr denn je erwartet. Parteien existieren schließlich nicht zuerst um ihrer selbst willen.

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, ist sich sicher, dass es zu Rot-Rot-Grün kommen wird. Er meint, dass „wachsender gesellschaftlicher Druck auf die Parteien ... zu anderen politischen Konstellationen führen wird.“

» SPD-Generalsekretär Hubertus Heil hat Recht, wenn er meint: „Die solidarische Mehrheit in diesem Land ist sozialer als Friedrich Merz, ökologischer als Michael Glos und liberaler als Wolfgang Schäuble.“

Die Konsequenz daraus liegt auf der Hand: DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen haben die Verantwortung dafür, dass eine linke Mehrheit auch in Parlament und Regierung unseres Landes vertreten wird.

Der Streit dafür lohnt. ■

☞ Stefan Liebich, MdA ist Koordinator des Forums Demokratischer Sozialismus in der Partei DIE LINKE (www.forum-ds.de) und lebt in Berlin.

Buch zur Geschichte des Jugendwerkes der AWO

Autor Marcus Mesch liefert im ersten Buch zur Geschichte des Kinder- und Jugendverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) auf 236 Seiten einen umfassenden Überblick, von den Wurzeln des Jugendwerkes der AWO, über die Gründungsmotive und die Gründung bis zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms im Jahr 2000.

Preis: 10 € pro Exemplar (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen an:

AWO-Bundesverband e.V.
Verlag & Vertrieb
Blücherstr. 62/63, 10627 Berlin
Fax: 030/2630932258
E-Mail: verlag@awo.org



Infos: Bundesjugendwerk der AWO, Fon: 030/2592728-50,
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de, www.bundesjugendwerk.de